

Polnische Ratspräsidentschaft: Trilog zur Retail Investment Strategy soll vorangetrieben werden



Frank Rottenbacher, Vorstand des AfW

© AfW

Mit dem Beginn der polnischen EU-Ratspräsidentschaft unter Donald Tusk am 1. Januar 2025 rückt das Thema Sicherheit in den Mittelpunkt der europäischen Agenda. Unter dem Motto „Security, Europe!“ setzt Polen einen deutlichen Kontrast zur vorangegangenen ungarischen Ratspräsidentschaft. Für Vermittlerinnen und Vermittler besonders relevant: Die polnische Regierung hat angekündigt, die Gesetzgebungsarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen aktiv voranzutreiben. Dazu gehört auch der Trilog zur Retail Investment Strategy (RIS), der nun endlich beginnen soll.

Während der ungarischen Ratspräsidentschaft blieb die Umsetzung vieler legislativer Vorhaben hinter den Erwartungen zurück. Lediglich acht Gesetzgebungsverfahren wurden erfolgreich abgeschlossen – ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu fast 50 Dossiers während der schwedischen Präsidentschaft zuvor. Auch bei der RIS, die als ausstehender „Vorgang mit hoher Priorität“ bezeichnet wurde, fehlte es an Fortschritten. Eine Bitte der ungarischen Ratspräsidentschaft im Oktober 2024 an die Mitgliedstaaten, Konsens- und Triggerpunkte zu benennen, stieß eher auf Unverständnis.

Mit der neuen Ratspräsidentschaft ist jedoch ein Neustart zu erwarten. Polen profitiert davon, dass das neue Europäische Parlament und die EU-Kommission inzwischen arbeitsfähig sind. Zudem bringt Donald Tusk als früherer Präsident des Europäischen Rates (2014–2019) und ehemaliger EVP-Vorsitzender tiefgreifende Erfahrung und Kontakte nach Brüssel mit. Auf Seite 19 des polnischen Ratsprogramms wird als Ziel die Finalisierung der Gesetzgebungsagenda zu Finanzdienstleistungen, einschließlich der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, genannt.

„Auch wenn die Kleinanlegerstrategie im polnischen Ratsprogramm nicht direkt erwähnt wird,

rechnen wir mit einem klaren Fortschritt in den Verhandlungen. Warschau will sich in Brüssel als verlässlicher Partner profilieren und durch Sacharbeit überzeugen“, so AfW-Vorstand Frank Rottenbacher. „Ein Abschluss der Trilogverhandlungen zur Jahresmitte scheint damit durchaus realistisch.“

Der AfW wird in Brüssel und Berlin eng an diesem für Vermittlerinnen und Vermittler so wichtigen Dossier dranbleiben und sich sowohl direkt als auch über den europäischen Dachverband FECIF weiter für die Branche einsetzen.

Die Retail Investment Strategy ist von zentraler Bedeutung, da sie langfristig den regulatorischen Rahmen für den Vertrieb von Anlageprodukten in Europa mitgestalten wird. Insbesondere das mögliche Provisionsverbot für Versicherungsmaklerinnen und -makler für den Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten bleibt ein kritischer Punkt. Der AfW ist vorsichtig optimistisch, dass ein solches Verbot aufgrund der Positionen des Europäischen Parlaments und des Rates der EU nicht umgesetzt wird.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Kurfürstendamm 37

10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.